Im Dienste einer fortschrittlichen Sozialpolitik

Autor(en): **Bonvin, Jean-Michel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **109 (2012)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-839855

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Im Dienste einer fortschrittlichen Sozialpolitik

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik begleitet, unterstützt und kritisiert die sozialpolitische Debatte auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ist bestrebt, die verschiedenen Kräfte der Sozialpolitik mit Impulsen und Ideen von ihren vorwiegend defensiven Standpunkten weg zu bewegen.

Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)
Association Suisse de Politique Sociale (ASPS)
Associazione Svizzera per la Politica Sociale (ASPS)

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) engagiert sich seit 1926 für eine fortschrittliche Sozialpolitik, indem sie an der Weiterentwicklung der Sozialpolitik auf nationaler und internationaler Ebene mitarbeitet und den verschiedenen Akteuren ein Diskussionsforum bietet. Sie setzt sich ein für eine ganzheitliche Sicht auf Armutsrisiken und den Sozialstaat und fördert mittels Tagungen und Publikationen den Dialog zwischen Theorie und Praxis und zwischen den verschiedenen Sprachregionen in der Schweiz. Im Vorstand der SVSP sind Personen aus Forschung, Verwaltung und Interessenverbänden vertreten. Die SVSP finanziert sich über Mitgliederbeiträge. 2013 wird die SVSP eine Dokumentation zum Thema «Reformieren durch investieren? Chancen und Grenzen des Sozialinvestitionsstaates Schweiz» veröffentlichen.

www.svsp.ch

PLATTFORM

Die ZESO bietet ihren Partnerorganisationen diese Doppelseite als Plattform an. In dieser Ausgabe der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik.

In der aktuellen öffentlichen Diskussion wird Sozialpolitik immer weniger als soziale Investition und immer häufiger als Kostenfaktor, der möglichst gesenkt werden muss, betrachtet. Immer mehr geht vergessen, dass das finanzielle Gleichgewicht nicht das oberste Ziel der Sozialpolitik ist. Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) nimmt solche Strömungen auf und ist bestrebt, der sozialpolitischen Debatte eine sachorientierte Plattform ausserhalb der vorherrschenden politischen und medialen Kanäle anzubieten.

Die Ursprünge der SVSP gehen zurück in eine Zeit, in der Sozialpolitik vor allem eine Angelegenheit der Sozialpartner war. Die 1926 aus dem Zusammenschluss der «Vereinigung zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes» und dem «Verein für Sozialversicherung» hervorgegangene SVSP diente den damaligen Interessenvertretern als «runder Tisch», an dem die gegensätzlichen Vorstellungen und Argumente in einer sachlichen Atmosphäre diskutiert werden konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, während dem Aufbau des heutigen Sozialversicherungsnetzes, verschob sich die Ausrichtung auf die Diskussion zwischen Bund und Sozialpartnern.

Tagungen und Publikationen

Seit im letzten Abschnitt des 20. Jahrhunderts die Entwicklung der Sozialpolitik zu stagnieren begann, tritt die SVSP vermehrt an Tagungen und mit Publikationen auf und versucht, die verschiedenen Kräfte der Sozialpolitik mit Impulsen und Ideen von ihren vorwiegend defensiven Standpunkten weg an einen Ort zu bewegen, an dem gemeinsam Lösungen für die schwierigen Probleme gefunden werden können. Heute besteht die SVSP aus 161 Einzel- und 77 Kollektivmitgliedern. Zu den Kollektivmitgliedern gehören namentlich Behörden aus allen politischen Ebenen, Hilfswerke und soziale Institutionen, Verbände, Bildungsinstitutionen und privat-rechtliche Dienstleister.

Die SVSP betrachtet die Sozialpolitik als Ganzes. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Praxis der Segmentierung der sozialen Sicherheit keine tragfähigen Lösungen für die absehbaren sozialen Probleme mehr

anbieten kann. In die Suche nach guten Lösungen müssen alle Sozialversicherungszweige einbezogen und müssen bisherige Zuständigkeitsgrenzen überschritten werden. Solange soziale Risiken wie Alter, Gesundheit, Existenzsicherung und Arbeit sowohl rechtlich (AHVG, ALVG, Sozialhilfe usw.), verwaltungsseitig (BSV, Seco, Departemente der Kantone, Gemeinderessorts usw.) wie auch auf der Seite der Interessenvertreter von unterschiedlichen Strukturen wahrgenommen werden, bestehen in der sozialpolitischen Debatte und Zusammenarbeit grosse Hürden.

Den Dialog weiterführen

Die SVSP hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass der Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit und Wissenschaft weitergeht. Sie unterstützt und beteiligt sich an Fachtagungen von Partnerorganisationen und vertieft an ihrem jährlichen Kongress jeweils aktuelle sozialpolitische Fragestellungen. 2010 beispielsweise wurde die Frage «Reformieren durch investieren?» (Chancen und Grenzen des Sozialinvestitionsstaates Schweiz) breit diskutiert. Das Konzept der sozialen Investitionen, das vor allem in nordeuropäischen Ländern angewendet wird, definiert Sozialausgaben einerseits als Investitionen zum Schutz der Verliererinnen und Verlierer wirtschaftlicher Veränderungen und erwartet andererseits von der Verbesserung des Beschäftigungszugangs eine gleichzeitige Ankurbelung der Wirtschaft. Die Erwerbsarbeit gilt demnach als beste soziale Absicherung und dient der Stärkung des Sozialgefüges.

2011 wurde die Ungleichbehandlung im föderalen Rechtsstaat thematisiert und an der Tagung 2012 die Dimensionen des so genannt «aktiven» oder «produktiven Alterns». Die SVSP versteht die Sozialpolitik als strukturelle und langfristige Politik, die bei Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur nicht grundlegend in Frage gestellt werden darf. ■

Jean-Michel Bonvin,
Präsident SVSP

Dialog am runden Tisch.
Bild: ex-press

LESERBRIEF

ZESO, Ausgabe 3/2012, Seite 36

«Der Revolutionär»

Im Artikel «Der Revolutionär» bietet die ZESO Till Spinnler eine Plattform, die er nicht verdient. Spinnler arbeitet nur gerade so viel, dass es für ihn – und nur für ihn – reicht. Kosten für den Unterhalt des öffentlichen Verkehrs, von Strassen, Spitälern, Schulen, Kindergärten etc. lässt er lieber durch andere berappen. Er bezahlt vermutlich keine oder fast keine Steuern, die Krankenkasse wird ihm wahrscheinlich subventioniert. Durch seinen Minimalismus hat er natürlich auch keine Pensionskasse, und AHV bezahlt er bei weitem nicht so viel, wie er später Ansprüche stellen wird.
Wer kommt für dieses Verhalten auf, wenn Till Spinnler dereinst in eine Lage gerät, die es ihm nicht mehr ermöglicht, für sich zu sorgen? Indirekt diejenigen, über die er sich lustig macht, die arbeiten und damit Steuern und AHV-Beiträge entrichten. In Grossverteilern, die er verurteilt, als Mitarbeiter in Unternehmen wie Nestlé oder Crédit Suisse mit ihren von ihm verteufelten «Wirtschaftsbossen».
Ohne Ersparnisse keine Investitionen, ohne Investitionen keine Arbeit, ohne Arbeit keine Einnahmen für den Staat, ohne Staat keine Sozialhilfe. Diese einfachen Überlegungen hätten dazu führen sollen, den Artikel über Till Spinnler nicht unkritisch abzudrucken. Jemandem, dem jegliche Solidarität abgeht, darf ein soziales, mit Steuergeld subventioniertes Medium keine Plattform für gesellschaftsfeindliche Propaganda bieten.

Roland Jost, Zürich

Der Text wurde von der Redaktion gekürzt.